

BERLINER RUND SCHAU

Der Letzte macht das Licht aus!

„Das Ziel meiner Arbeit?
Dass alle Arbeit haben.“

Monatszeitung für Berlin

29. Jahrgang • 10. Ausgabe
Oktober / November 2003

SPD-Plakat, Bundestagswahl 2002

Für ein modernes Deutschland. **SPD**

CDU

100% Berlin

Konzepte, Informationen, Meinungen.
www.cduberlin.de und www.cdu.de

Gerhard Schröder tappt im Dunkeln. Schuldenfalle, Desaster am Arbeitsmarkt, Chaos bei den Sozialreformen und jetzt eine neue Not-Operation bei der Rente. Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel bezeichnet die Rentenbeschlüsse der Bundesre-

gierung als rentenpolitischen „Offenbarungseid“. Es handle sich dabei um „schwere Zumutungen für die Rentnerinnen und Rentner“, sagte Merkel nach Sitzungen von Präsidium und Bundesvorstand der CDU in Berlin. Die Kombination aus höheren Pflegebeiträgen und einer Nullrunde sei in der Geschichte der

Bundesrepublik Deutschland ein bislang einmaliger Vorgang. Ausdrücklich machte die CDU-Vorsitzende die Bundesregierung für die aktuelle Krise der Rentenkassen verantwortlich. Rot-Grün habe nicht nur den demografischen Faktor 1998 abgeschafft, sondern auch die schlechte wirtschaftliche Lage herbeigeführt. Fortsetzung auf Seite 5

Herzog-Vorschläge sind solidarisch und verlässlich

Die CDU will für alle Bürger die bestmögliche medizinische Versorgung – und dies bis ins hohe Alter. Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit müssen auch weiterhin Kennzeichen unseres Sozialsystems bleiben. Wo liegen die Vorteile der Herzog-Pläne? SOLIDARISCH: Bisher werden privat Versicherte, Beamte und alle Einkünfte oberhalb der Bemessungsgrenze nicht in den notwendigen sozialen Aus-

gleich mit einbezogen. Deshalb soll dieser Solidarausgleich künftig über die Steuer geschehen. FAMILIENGERECHT: Die Anrechnung der Erziehungsjahre auf die Rente soll von drei auf sechs Jahre verdoppelt werden. Die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern bleibt erhalten! VERLÄSSLICH: Die CDU zeigt die Entwicklung der nächsten Jahrzehnte auf. Die immerwährenden Not-Operationen der

Vergangenheit sind keine Alternative mehr. WETTBEWERBSORIENTIERT: Solidarität und bezahlbare Arbeitskosten müssen gesichert werden. Der Kassenbeitrag wird künftig vom Lohn entkoppelt. So haben auch einfache Tätigkeiten, die jetzt zu teuer sind, wieder eine Chance. Das Prämienmodell sichert zudem den Wettbewerb zwischen den Krankenkassen. Die Pläne der Herzog-

Kommission sind die Antwort auf die Frage nach der Zukunft unserer Sozialsysteme. Sie sind solidarischer als das aktuelle System, bringen den Versicherten verlässliche und berechenbare Beiträge und sie sind der beste Weg um auf das Problem einer alternden Bevölkerung angemessen zu reagieren. Lesen Sie mehr zu den Vorschlägen in dieser Ausgabe.

Lesen Sie mehr auf den Seiten 2, 4 und 5

Joachim Zeller:

Hauptstadt-Diskussion ohne Senat

Ob Helmut Schmidt oder Nationalstiftung – in diesen Tagen wird öffentlich wieder viel über die Rolle Berlins als Hauptstadt diskutiert. Allerdings ohne Beteiligung des Senats in dieser wichtigen Debatte. Und wenn es um konkrete Entscheidungen geht, zeigt sich einmal mehr, dass die rot-rote Stadtregierung offenbar alle wichtigen Schnittstellen zum Bund aufgegeben hat. Bestes Beispiel ist der geplante Umzug des Bundesnachrichtendienstes (BND) nach Berlin. Vor mehr als zwei Jahren wurde das Hauptstadtreferat im Senat von Berlin aufgelöst, das eine wichtige Koordinationsfunktion zwischen den Verwaltungen in Bund, Land und Bezirken wahrgenommen hatte. Seit dem Jahr 2000 gab es auch

keine Sitzung des gemeinsamen Ausschusses Bund-Berlin mehr, wo auf hoher Ebene die gemeinsam interessierenden Fragen zur Hauptstadtentwicklung abgestimmt

wurden. „Und der Bund weiß diese Situation zu nutzen“, so Joachim Zeller. Er spielt in vielerlei Hinsicht nun die Berliner Verwaltungen gegeneinander aus und sichert allein seine Interessen innerhalb der Stadt. Joachim Zeller: „So sehr wir die Ansiedelung weiterer Bundeseinrichtungen in der Stadt begrüßen und den Komplettumzug aller Ministerien in die Hauptstadt befürworten: Hier ist dringender Handlungsbedarf, denn wir müssen in Berlin entscheiden können, wo was stattfindet und wie wir uns Stadtentwicklung mit Wirtschaft, Bürgern und Ministerien vorstellen.“ Wowerit und Strieder sollten sich gut überlegen für wessen Interessen sie von wem gewählt wurden.



ZITAT DES MONATS



Zur Wowerit-Reise

„...aber nach zwei Corona-Bier ist es auszuhalten.“

Klaus Wowerit in seinem Mexico-Tagebuch (BILD, 13.10.03)

ZAHL DES MONATS

11.635 EUR

Spitzen-Rentner Eichel. Der Focus hat es errechnet. Ginge Hans Eichel jetzt in Pension, erhielte er bald 12.000 Euro im Monat. Damit ist er nicht nur in der Bundesregierung Spitze.